

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 31/3 (2004)

DOI: 10.11588/fr.2004.3.63555

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

über den Zukunftskrieg in den behandelten Staaten beträchtlich. Aber diese knappen Hinweise machen deutlich, warum es kaum möglich war, das vom Herausgeber des Bandes entwickelte Konzept konsequent bei der Analyse der Diskussion in den jeweiligen Fachzeitschriften anzuwenden. Vielmehr stellen sie eine Bestätigung der Komplexität des Phänomens dar, dem anzunähern Stig Förster sich zur Aufgabe gemacht hat. Eines freilich zeigen alle Beiträge sehr deutlich: So unterschiedlich der Verlauf dieser Diskussionen war und so unterschiedlich die Militärdoktrinen waren, die daraus resultierten – bewußt geplant wurde der »Totale Krieg«, so wie er sich in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges entfaltete, in keinem der untersuchten Länder. Vielleicht könnte die Analyse der konkreten Umstände, unter denen Staaten diesen Schritt zur Radikalisierung der Kriegführung vollzogen (drohende Niederlage, Unfähigkeit zu einem Verhandlungsfrieden, Vernichtungsdoktrin o. ä.), mehr zum Verständnis des »Totalen Krieges« beitragen.

Ernst Willi HANSEN, Hamburg

Madeleine HERREN, Sacha ZALA, Netzwerk Außenpolitik. Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente der schweizerischen Außenpolitik 1914–1950, Zürich (Chronos) 2002, 314 S. (Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte, 5).

Dem politischen System der Schweiz wird von Kritikern unzureichende Lernkapazität und seinem außenpolitischen Apparat Passivität zugeschrieben. Die monierte »Veränderungsträgheit« liegt im Prinzip der Konkordanz begründet, das auch die Verfassung prägt. Der schweizerische Bundesrat, der die auswärtigen Angelegenheiten verantwortet, ist ein Kollegium von sieben gleichberechtigten Bundesräten, das anders als ein Premierminister kaum mit der oft gebotenen Eile reagieren kann. Hinzu kommt, daß jeder einzelne Bundesrat sich nicht nur den Interessen der Schweiz, sondern zugleich denjenigen seines Departements, seiner Partei und seiner Region verpflichtet weiß. Es sind häufig mehrere unterschiedliche Sichtweisen in einer gemeinsamen außenpolitischen Position zusammenzuführen, die zusätzlich dem oft einengenden Grundsatz der Neutralität zu genügen hat.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die hier vorzustellende Untersuchung ihr Relief. Die Autoren rücken nicht die Schweiz als Sitz internationaler Organisationen in den Mittelpunkt; sie stellen auch nicht die schweizerische Außenpolitik als Umsetzung der sogenannten guten Dienste vor. Gegenstand der Analyse sind vielmehr »der dynamische Wandel der internationalen Beziehungen von einer Summe nationaler Außenpolitiken zu einem vielschichtigen Netzwerk von multilateralen Kontakten sowie die Auswirkungen dieser Veränderungen auf jenen Bereich der nationalstaatlichen Außenpolitik, der mit multilateralen Fragen befaßt war« (S. 9f.).

Dieser Zielvorgabe entsprechen zwei für die Arbeit erkenntnisleitende Begriffe, nämlich »Internationalismus« und »Netzwerk«. Der zeitgenössische Begriff des Internationalismus dient der historischen Darstellung von grenzüberschreitenden Kontakten, die bisher sowohl in der Geschichte der internationalen Beziehungen als auch bei der Schilderung staatlicher Außenpolitik weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Das analytische Konzept der Netzwerke hingegen erfaßt weit mehr den aktuellen Prozeß der Globalisierung und nimmt dessen historische Entwicklung in den Blick (S. 11).

Dementsprechend gliedert sich die Darstellung in zwei Hauptteile, die sich teilweise überschneiden. Der erste Teil, »Netzwerk in Daten«, stellt die Strukturelemente und Akteure des schweizerischen Internationalismus vor, so die Vorgabe des Neutralitätsprinzips, die Zuständigkeit des Eidgenössischen Politischen Departements für internationale Organisationen und Kongresse, die Bindung eben dieses Departements an die Beschlüsse des Gesamtbundesrates, departementale und kantonale Alleingänge sowie die Abhängigkeit der Beschickung der

Kongresse von den Kosten und Themen. Es geht im ersten Teil um die administrative Praxis im Umgang mit dem internationalen Kongreßwesen und um die thematische Ausrichtung dieser internationalen Foren, über deren Beschickung der Bundesrat zu befinden hatte.

Der zweite Teil, »Netzwerk Außenpolitik in der Geschichte der internationalen Beziehungen«, ist chronologisch angelegt. Hier wird die offizielle Beteiligung bzw. Teilnahme der Schweiz an internationalen Organisationen, Konferenzen und Kongressen in den Jahren 1914 bis 1950 quantitativ und qualitativ untersucht. Das Anfangsdatum wird plausibel durch das bisher kaum beachtete kontinuierliche Funktionieren internationaler Organisationen während des Krieges ebenso wie durch die Übernahme von Internationalisierungsstrategien aus der Vor- in die Zwischenkriegszeit. Diese wurde bestimmt vom Neben- und Gegeneinander der tradierten Netzwerke und der neuen, vom Völkerbund geschaffenen Verknüpfungen (»Systemkonkurrenz«). Die faschistische und nationalsozialistische Unterwanderung bestehender Formen multilateraler Kooperation bereits in der Zwischenkriegszeit veränderte die außenpolitischen Reaktionen der Schweiz. Anders als der Völkerbund definierte dann das System der UNO internationale Netzwerke neu, indem es vorhandene internationale Ämter zunehmend integrierte. Der Kalte Krieg führte zu einer mehr als nur deklamatorischen Entpolitisierung außenpolitischer Netzwerke, indem er deren Umwandlung in eine rein technische Kooperationsform förderte. Innenpolitisch verlagerten sich netzwerkorientierte Entscheidungen vom Eidgenössischen Politischen Departement hin zu den übrigen Fachdepartements, was die Anzahl der Entscheidungen des Gesamtbundesrates verringerte.

Die hier nur angedeuteten differenzierenden Aussagen stützen sich vor allem auf die Akten der schweizerischen Bundesverwaltung und auf den bisher kaum benutzten Bestand der 1934 gegründeten Deutschen Kongreßzentrale (DKZ). Impulse erhielten die beiden Nachwuchsautoren von dem inzwischen beendeten Nationalen Forschungsprogramm »Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Außenpolitik« (NFP 42). M. Herren und S. Zala korrigieren einsichtig ein neutralitätsorientiertes Geschichtsbild der Schweiz, das die Abgrenzung vom ausländischen Umfeld betonte und so das tatsächlich hohe Maß an transnationaler Verflechtung des Landes mit demselben Umfeld – vor allem außen- und wirtschaftspolitisch – vernachlässigte. Der umsichtig angelegten Arbeit, die substantiell auch zur Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg beiträgt, ist die angemessene Beachtung zu wünschen.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Erwin OBERLÄNDER (Hg.) in Zusammenarbeit mit Rolf AHMANN, Hans LEMBERG, Holm SUNDHAUSEN, *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn (Ferdinand Schöningh) 2001, XI–697 p.

Cet important ouvrage collectif répertorie les diverses formes prises par les régimes autoritaires qui se sont installés pendant l'entre-deux-guerres dans l'Europe orientale, Centre orientale et Sud orientale. L'énoncé des pays impliqués, à lui seul, indique un concept de base politique. Certains des auteurs ont ainsi donné la priorité à l'analyse politico-sociale de régimes qui aujourd'hui, après une période de joug communiste, se cherchent des antécédents démocratiques dans des régimes installés dans les années du premier après-guerre et s'interrogent sur les raisons de leur échec.

Il ne s'agit pas seulement de jauger le passé des anciennes marches de l'Empire soviétique, car la Tchécoslovaquie est exclue du projet, tandis que l'Autriche et la Grèce figurent en bonne place à côté des États baltes, de la Pologne, la Hongrie, la Roumanie, l'Albanie, la Yougoslavie et de la Slovaquie post-munichoise. Par contre, l'Italie ou l'Espagne ne sont cités que comme de lointaines références. L'ensemble regroupe en fait des États issus, à des dates diverses, d'empires disparus et auxquels la conférence de la Paix, en 1919–1920, a édicté